

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Erscheint werktäglich. Sprech- und Anruf Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabepreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aus- und Inland sind in der Anzeiger-Abteilung des Tagesblattes, Kasse, Postfach 24, Leipzig, anzufragen. Preisliste Nr. 1000, am 1. Juli 1926.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Rote Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 99

Donnerstag, den 29. April 1926

21. Jahrgang

Stressemann über den Berliner Vertrag.

Die internationale Wirtschaftskonferenz.

Der Berliner Korrespondent der Hearst-Presse, O. D. Tolischus, kauft seinen Lesern folgendes Interview mit dem Außenminister Stressemann über den eben abgeschlossenen Vertrag mit Rußland:

Frage: Sind Sie der Ansicht, daß der neue deutsch-russische Vertrag einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befriedung Europas bedeutet?

Antwort: Ich stehe nicht an, diese Frage uneingeschränkt zu bejahen und kann zur Bestätigung dieser Auffassung auf die gestrigen Ausführungen des russischen Botschafters Litwinow in Moskau verweisen, der namens der russischen Regierung die gleiche Ansicht hinsichtlich der Beweggründe und der Ziele unserer Vereinbarungen kundgetan hat.

Frage: Wie erklären Sie sich die teilweise in der öffentlichen Meinung der Locarno-Staaten hervortretende Erregung, trotz der beruhigenden deutschen Erklärungen und der offiziellen Stellungnahme der englischen und französischen Regierung?

Antwort: Ich glaube, daß die kritischen, wenn nicht gar polemischen Ausführungen der Presse gewisser Länder, die den Locarno-Vertrag unterschrieben haben, gegenüber den bevorstehenden deutsch-russischen Abmachungen zum großen Teil auf innerpolitische Beweggründe zurückgeführt werden können. Andernfalls könnte ich mir keinen Grund für solche Kritik vorstellen.

Wer Inhalt und Sinn der deutsch-russischen Abmachungen mit Verständnis und Sympathie ansieht, der kann daraus keine Spitze gegen den Vertrag von Locarno konstruieren. Im übrigen habe ich die feste Überzeugung, daß diese Kritik zurückgehen wird, sobald, wie das heute geschieht, der Wortlaut unserer Abmachungen aller Welt bekannt sein wird.

Ubenso wenig kann ich mir die Beforgnis erklären, die gegenüber dem bevorstehenden Abschluß der russisch-deutschen Abmachungen auch von amtlicher Seite in gewissen Locarno-Staaten zum Ausdruck gekommen ist. Insbesondere

Polen hat keine Veranlassung, sich durch diese Verständigung bedroht zu fühlen;

im Gegenteil, die Brücke, welche eine deutsch-russische Verständigung von Berlin nach Moskau schlagen wird, dürfte als bessere Sicherung des Friedens für Europa und somit auch für Polen sich erweisen, als die polnischen Truppen, die heute an der russischen Grenze Wacht halten. Im übrigen ist ja die russische Regierung, wie aus den gestrigen Ausführungen des Herrn Litwinow zu entnehmen ist, gern bereit, einen gleichen Vertrag mit Polen abzuschließen: Wie sollte denn unter solchen Umständen die Abmachung mit Deutschland eine Bedrohung Polens bedeuten?

Frage: Glauben Sie, daß der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages

die Frage des Artikels 16 der Völkerbundsatzung aufs neue zur Debatte stellen wird?

Antwort: Ich sehe zu einer solchen Debatte keinerlei Veranlassung. Die Frage des Artikels 16 ist zwischen Deutschland und den Locarno-Mächten bei den Verhandlungen im Septemder vorigen Jahres ausführlich erörtert worden und es wurde eine Einigung erzielt, die allen Vertragsparteien genügt. Im übrigen ist die Interpretation des Artikels 16 auch innerhalb der gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundes noch

in manchen Punkten Gegenstand der Erörterung.

Ob sich eine ins einzelne gehende Präzisierung der Pflichten und Rechte aller Bundesmitglieder für jeden nur denkbaren Fall als technisch möglich erweisen wird, steht heute noch dahin. Es erscheint mir auch fraglich, ob eine solche detaillierte Kodifizierung des Rechts nach Artikel 16 erwünscht ist; erfahrungsgemäß führt ein solches Verfahren leicht zur Umkehrung des Zieles: der Buchstabe tötet den Geist. Auf diesen Geist scheint es mir aber anzukommen, auf den Geist des Friedens und der lokalen Zusammenarbeit nach allen Seiten.

Frage: Sind Sie der Ansicht, daß dieser Vertrag als Musterbeispiel für andere Abmachungen dienen wird?

Antwort: Ich habe mit Interesse während der letzten Monate verfolgt, bei wie vielen Stellen die russische Diplomatie den Abschluß von Freundschaftsverträgen angeregt hat. Wenn ich auch nicht übersehen kann, was im einzelnen Falle Inhalt und Ziel dieser Verhandlungen sein mag, so kann ich in einer möglichst umfangreichen Ausdehnung des Verständigungsgebankens unter den Völkern nur eine Sicherung des Friedens erblicken. Das war schließlich der Leitgedanke von Locarno; die jetzigen deutsch-russischen Abmachungen erscheinen mir als die logische Ergänzung von Locarno, und ich kann es nur begrüßen, wenn der gleiche Gedanke weitere Ausbreitung in Europa findet.

Frage: Ist nicht vom Abschluß des jetzigen Vertrages eine Stärkung der völkerbundfeindlichen Tendenzen Rußlands zu befürchten, wie vielfach in der englischen und französischen Presse geduldet?

Antwort: Ich möchte umgekehrt annehmen, daß die Brücke, welche durch die deutsch-russische Verständigung von Berlin nach Moskau geschlagen wird, die Friedensbrücke von Locarno nur ergänzt und verstärkt. Ueber Rußlands Verhältnis zum Völkerbunde kann ich mich nicht äußern. Deutschlands Beziehungen zum Völkerbunde, die hoffentlich bald sich zur Mitgliedschaft entwickeln werden, erleiden im Sinne des Vertrages von Locarno wie ich nochmals zum Schluß betonen darf, durch die jetzigen Abmachungen keine Veränderung.

Meinungsaustausch über den deutsch-russischen Vertrag.

Paris, 27. April. „Matin“ und „Petit Parisien“ melden, anlässlich des deutsch-russischen Vertrags werde ein Meinungsaustausch zwischen London, Paris, Rom, Brüssel, Warschau, Prag und dem Sekretariat des Völkerbundes erfolgen, um festzustellen, ob alle Punkte und Gedanken in den Verträgen und Noten, die ausgetauscht wurden, mit den Abmachungen von Locarno, besonders aber mit den Erklärungen der alliierten Mächte über Artikel 16 des Völkerbundstatuts nicht in Widerspruch ständen.

Prüfung in England.

London, 27. April. Wie Reuters erfährt, wird der Text des deutsch-russischen Vertrages zurzeit in London einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Der allgemeine Eindruck sei, daß viele der im Vertrag gebrauchten Wendungen möglicherweise einer anderen Auslegung fähig sind. Auf den ersten Blick scheint sich jedoch nichts in dem Vertrage zu befinden, was zu Einwendungen Anlaß geben könnte.

Demokratischer Abänderungsantrag zum Volkenscheid.

Berlin, 27. April. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, beabsichtigen die Demokraten, im Reichstag am Mittwoch bei der Beratung des sozialdemokratisch-kommunistischen Entwurfs eines Fürkennentelungsgesetzes einen Zusatzantrag einzubringen, wonach die Länder verpflichtet werden sollen, den Fürkennentelungs für angemessenen Lebensunterhalt zu gewährleisten. Als Begründung für diesen Antrag wird in demokratischen Kreisen angegeben, daß der Kompromißentwurf der Regierungsparteien nur noch geringe Aussicht auf ein Zustandekommen hat.

Dr. Marx Vorsitzender der Zentrumsaktion

Berlin, 28. April. Wie das Berliner Tageblatt hört, dürfte sich voraussichtlich die Zentrumsaktion des Reichstages entschließen, den jetzigen Reichspräsidenten Dr. Marx als Nachfolger Fehrenbachs zum Vorsitzenden der Fraktion zu wählen. Als Nachfolger im Reichspräsidentenamt wird in Zentrumskreisen der Zentrumsabgeordnete Dr. Schulte-Dreslau, der Oberstaatsanwalt ist, genannt.

Senkung der Borsenumsatzsteuer.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, beabsichtigt die Reichsregierung, die schon seit längerer Zeit geplante Senkung der Borsenumsatzsteuer nunmehr auf dem Berordnungswege durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat wegen dieser Frage bereits Abklärung mit den Parteien genommen.

Antrag des Sparerbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens.

Berlin, 27. April. Beim Reichsministerium des Innern ist heute der Antrag des Sparerbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens für einen Gesetzentwurf über die Abänderung öffentlicher Anleihen und die Umwertung von Hypotheken und anderen Einprüchen eingegangen. Als Beträuer ist das Mitglied des Reichstages Dr. Best bezeichnet.

Ein Motorboot der Reichsmarine.

Berlin, 28. April. Nach einer Meldung der „Germania“ läuft am heutigen Mittwoch auf der Bremer Weser die „Barbara“, ein für Motor- und Rotorbetrieb eingerichtetes Versuchsschiff vom Stapel.

Genf, 27. April. Im Vorbereitungsausschuß für die internationale Wirtschaftskonferenz nahm heute vormittag Staatssekretär Trendelenburg das Wort. Seine Ausführungen bewegten sich in folgenden Gedankenrichtungen:

Ueber die Ursachen der krassesten Erscheinungen in der Weltwirtschaft besteht keine Meinungsverschiedenheit. Das Grundübel besteht in der Ueberproduktion und in der verringerten Aufnahmefähigkeit. Zur Beseitigung dieser Spannungen ist es nicht ratsam, die Produktion soweit abzukürzen, daß der Konsum der Produktion entspricht. Es kommt vielmehr nur eine Verbilligung zwecks völliger Ausnutzung der Produktionsfähigkeit der Industrien in Frage, ferner die Befestigung des industriellen Nationalismus durch internationale Arbeitsteilung und durch eine Vereinfachung und Erweiterung des Weltmarktes, wobei nicht nur Afrika und China, sondern auch Rußland von größter Bedeutung sind. Gestört wird die Lösung des ganzen Fragenkomplexes einmal durch die herrschenden Verhältnisse auf dem Weltmarkt, dann durch die Zollschranken, durch Ein- und Auswanderungsverbote und durch die Einfuhrverbote. Strebend wirken ferner für eine praktische Lösung die Konkurrenzkämpfe innerhalb der einzelnen nationalen Industrien.

Was den Abbau des industriellen Nationalismus betrifft, so muß einmal eine Einigung hinsichtlich des Abbaues des Zollinbaues und ferner eine Vereinfachung des Systems der Handelsverträge ins Auge gefaßt werden. Hier muß freilich auch in Rechnung gestellt werden, wie schwer es zuweilen den Unterländern für Handelsverträge gemacht wird, den Industrien ihrer eigenen Länder diese Notwendigkeit plausibel zu machen.

Was schließlich das Währungsproblem angeht, so dürfte es gelingen, wenn die Ergebnisse der Brüsseler Finanzkonferenz vom Jahre 1920 in den einzelnen Staaten im Rahmen des Möglichen zur Anwendung kämen.

Der italienische Vertreter de Stefani betonte, daß die Wirtschaftskonferenz, wenn sie zu praktischen Ergebnissen kommen wolle, entweder günstige Bedingungen zum Abschluß von direkten privaten Vereinbarungen oder zum Abschluß von zwischenstaatlichen Konventionen schaffen müsse. Mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit der Interessen gewisser Länder ergebe sich die Notwendigkeit, die großen wirtschaftlichen Fragen in ihrem Zusammenhang zu prüfen. Nur dann werde man die für eine praktische Lösung der Wirtschaftskrisis unerlässlichen gegenseitigen Kompensationen für die einzelnen Länder finden können. Auch dem Problem der Ueberbevölkerung in einigen Ländern komme eine grundsätzliche Bedeutung zu. Vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus begriffe er die im Ausschuß gefallenen Vorschläge für eine Organisation der Weltproduktion auf einer wirtschaftlicheren Basis und für die Herstellung einer größeren Freizügigkeit für die Arbeitskräfte und für Erleichterungen im Warenverkehr.

Van der Meulen stellt die Schwierigkeiten in der Ueberindustrialisierung, die die wirtschaftliche Struktur und Bedeutung einzelner Länder vollständig verschoben habe. Dadurch sei auch die Harmonie zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion gestört worden. Als Idee der Lösung bezeichnet er die Rückkehr zum Freihandel und verlangt, daß die Marktverhältnisse für Steinkohle, Eisen, Textilien und Lebensmittel besonders gründlich untersucht werden.

Lahon. England warnte vor jeder Ueberstärkung auf den einzelnen Gebieten, die der Ausschuß zu untersuchen habe, und verlangt eine gründliche systematische und methodische Vorbereitung sämtlicher einschlägiger Wirtschaftsprobleme. Er schlug vor, daß zunächst drei Unterausschüsse eingesetzt werden, deren erster die Zoll- und handelspolitischen Fragen, deren zweiter die Produktionsfragen und deren dritter die Arbeitsfragen zu behandeln hätte. Hinsichtlich der Stabilisierung der Währungen vertrat er den Standpunkt, daß eine Beratung im jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre.

De Fontenelle. Frankreich sprach demgegenüber den Wunsch aus, daß man wenigstens auf einzelnen Gebieten und zwischen einzelnen Industriegruppen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer internationalen Verständigung gelangen sollte.

In der Nachmittagsitzung hielt Dubois-Schweiz Präsident des Schweizerischen Bankvereins und Vorsitzender des Finanzkomitees des Völkerbundes, eine stark beachtete Rede, in der er die Währungsstabilisierung als das wichtigste internationale Problem überhaupt bezeichnete. Dubois, der die internationalen Beratungen